

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstands
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Deutsch-Länder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pfg., Familienanz., 15 Pfg.
Vereinsanz., 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 100.

Berlin, Mittwoch, 18. Dezember 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die höchste Zeit. — Auch eine Wahlrechtsreform. —
Ein neuer Vorstoß der Konservativen gegen die landwirt-
schaftlichen Arbeiter. — Ein neuer Sozialist-Konvention
Sozialarbeiter-Verband. — Großbritanniens Bergwerke und
Steinbrüche im Jahre 1906. — Agrarische Rundschau. —
Gewerkevereine-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit

Die höchste Zeit

ist es jetzt, das Abonnement auf den

„Gewerkeverein“

zu erneuern bzw. zu bestellen. Jede Postanstalt
nimmt daselbe zu dem billigen Preise von 65 Pfg.
pro Quartal entgegen. 18 Pfg. kostet das Bestell-
geld, wenn man das Verbandsorgan regelmäßig vom
Briefträger ins Haus gebracht haben will.

Der Worte sind genug gewechselt!

Es ist die Pflicht jedes Verbandsgenossen, für
Verbreitung unserer Presse und insbesondere des
Verbandsorgans zu sorgen. Wer sich

ein besonderes Verdienst

um unsere gute Sache erwerben will, der muß
versuchen möglichst viele freiwillige Abonnenten zu
sammeln. Darum

Auf an die Arbeit!

Werbt für den „Gewerkeverein“!

Auch eine Wahlrechtsreform!

Unter der Ueberschrift „Sozialpolitik und
Wahlrecht“ beschäftigt sich die „Deutsche Arbeit-
geber-Zeitung“ mit der Wahlrechtsreform zum
preussischen Abgeordnetenhaus. Das Blatt ist für
eine solche, aber keineswegs in dem Sinne, wie wir
und die gesamte Arbeiterklasse sie wünschen. Ganz
anders malt in ihrem Kopfe sich die Welt.

Das Unternehmerorgan ist der Meinung, daß
der Begriff Sozialpolitik gegenwärtig ganz falsch
angewendet wird. Arbeiterpolitik sei der richtige
Ausdruck, und dieser Arbeiterpolitik müsse eine
Arbeitgeberpolitik gegenübergestellt werden. Im
Reichstage — so sagt das Blatt — finden die
Unternehmerinteressen nicht die gebührende Geltung,
weßhalb die Arbeitgeber darauf bedacht sein müssen,
das Schwergewicht ihrer parlamentarischen Betätig-
ung auf die Einzelanträge zu verlegen. Daher
auch ihr Interesse an einer einmaligen Wahlrechts-
reform.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ist also der
Meinung, daß eine Änderung des preussischen
Wahlrechts vorgenommen werden muß, und diese
Änderung soll in folgender Weise geschehen: Die
indirekte und öffentliche Wahl soll beibehalten
und dafür die direkte und geheime Wahl eingeführt
werden. Von einer Abschaffung des Dreiklassen-
wahlrechts will dagegen das Blatt nichts wissen.
Das Dreiklassenwahlrecht entspricht einem bewährten
Bürokratismus, in dem Alter, Verfall und Bildung in
angemessener Weise bevorzugt werden. Und an
diesem Grundsatze soll nicht gerüttelt werden. In-
dessen selbst diesem Unternehmerorgan fällt es
schwer auf die Seele, daß das preussische Abgeor-
detenhaus in seiner Zusammensetzung den Inter-
essen der Arbeiter zu wenig Rechnung trägt. Es
spricht sogar von einem völligen Mangel an Ar-

beitervertretern, was nicht zutrifft, wie schon die
Anwesenheit unseres Verbandsvorsitzenden Gold-
schmidt im Abgeordnetenhaus beweist. Im Prinzip
aber hat das Blatt Recht. Die Vertretung der
Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus ist un-
genügend. Um diesen Mangel abzuheben, soll eine
Vermehrung der Zahl der Abgeordneten stattfinden.
Dem jetzt bestehenden Klassenwahlrecht soll noch
ein Ergänzungswahlrecht hinzugefügt werden,
zu dem Zwecke, die vorhandenen Lücken auszu-
füllen. Das soll in der Weise geschehen, daß außer
den auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten
Abgeordneten aus den 25 größten preussischen Städten
noch 25 Arbeiter- und 25 Unternehmerabgeordnete
in den preussischen Landtag entsandt werden.
Diese Arbeiterabgeordneten sollen von denjenigen
gewählt werden, die bei der allgemeinen Klassen-
wahl in der 3. Klasse wählen, gegen Lohn oder
Gehalt angestellt sind, und nicht mehr als das
600fache des ortsüblichen Tagelohns verdienen.
Die Wahl der Unternehmerabgeordneten soll er-
folgen nur durch Wähler der 1. und 2. Klasse,
die Betriebsunternehmer, Leitgeber oder Geschäfts-
führer sind.

So sieht die Wahlrechtsreform aus, welche die
„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nach den Vor-
schlägen des früher nationalliberalen, jetzt frei-
konservativen Abgeordneten Rend eingeführt wissen
will. Wir wollen mit dem Blatte nicht darüber
reden, ob seine Vorwürfe, es werde einseitige
Arbeiterpolitik getrieben, berechtigt sind. Einigen
würden wir uns darüber doch nicht. Für uns ist
in der Hauptsache interessant, daß auch das Unter-
nehmerorgan eine Wahlrechtsreform für dringend
notwendig erachtet. Während wir aber für die
Wahlrechtsreform in erster Linie bedrogen kämpfen,
weil wir die politische Gleichberechtigung er-
streben, kommt es dem Unternehmerblatt gerade
darauf an, diese Gleichberechtigung zu hintertreiben.
Der Standpunkt nimmt uns nicht wunder. Ein
Blatt, das von der sozialen Gleichberechtigung
der Arbeiter nichts wissen will, handelt nur folge-
richtig, wenn es ihnen auch die politische
Verfälschung verweigert. Es handelt sich hier eben um ein
Prinzip!

Die Arbeiterschaft nimmt von diesen Plänen
gebührend Kenntnis. Wir glauben nicht, daß sie
verwirrt werden. Sollte es der preussischen
Regierung aber wider Erwarten doch einfallen, auf
einer solchen Grundlage an die Reform des
preussischen Wahlrechts heranzutreten, so würden
die Arbeiter ihr den allerstärksten Widerstand
entgegensetzen. Sie verlangen die Einführung des
Reichstagswahlrechts auch für die Einzel-
landtage; sie werden als Staatsbürger in dieser
Richtung wirken und nicht eher rasten, bis dieses
Ziel erreicht ist. Denn die Einführung des Reich-
stagswahlrechts für die Landtage ist nur eine
Etappe auf dem Wege zur Gleichberechtigung der
Arbeiter überhaupt.

Ein neuer Vorstoß der Konservativen gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Am 12. Dezember fand im preussischen Abge-
ordnetenhaus wieder einmal die landwirtschaftliche
Arbeiterfrage auf der Tagesordnung. Die Konser-
vativen v. Pappenheim und Genossen interpellierten
die Regierung darüber, a) welche Anordnungen sie zu
treffen gedächte, um den überhandnehmenden Rechts-
verletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun,

b) welche gesetzlichen Maßnahmen sie beabsichtige
gegen den Kontraktbruch in Arbeitsverhältni-
ssen? Die Freikonservativen Boeder und Ge-
nossen beschränkten ihre Anfrage darauf, ob die Re-
gierung beabsichtige, „durch schleunige gesetzgeberische
und im Verwaltungswege zu treffende Maßnahmen
das Überhandnehmen des Kontraktbruchs aus-
ländischer Arbeiter zu verhindern?“ Begründet
wurden die Interpellationen durch die Abgeordneten
v. Pappenheim (kons.) und v. Bogna (freil.). Der
Minister für Landwirtschaft v. Arnim, der schon
einmal durch eine freimütige Kritik der unglücklichen
„Polpolitik“ angenehm abhielt von seinem Vorgänger,
steht auch in der Beurteilung der landwirtschaftlichen
Arbeiterfrage weit ab von Herrn v. Pappenheim, der
ein agrarischer Schanzkammer schlimmster Art war.

Was Landwirtschaftsminister v. Arnim auf die
Interpellationen antwortete, giefel daher den Konser-
vativen ganz und gar nicht:

„Meine Herren, die königliche Staatsregierung erkennt
die Beschwerden über die Zunahme des Kontraktbruchs als
durchaus gerechtfertigt an. Besonders der Kontraktbruch
der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter ist zu einer Er-
scheinung geworden, die nicht nur die Landwirtschaft im
höchsten Maße schädigt, sondern auch geradezu eine ver-
hängnisvolle Revolution herbeiführt hat und das Gefühl
für Recht, für Treue und Glauben bei den Arbeitern auf
das allernehmste gefährdet.“

Die Interpellation des Herrn Abgeordneten v. Pappen-
heim unterscheidet sich von der des Herrn Abgeordneten
Boeder dadurch, daß sie sich auf alle Arbeiter, also auch
auf die industriellen erstreckt, während die Interpellation
Boeder sich auf die ausschließlich landwirtschaftlichen
Wanderarbeiter beschränkt.

Was nun zunächst die industriellen Arbeiter anlangt,
so unterziehen die ja, wie Sie wissen, der Reichsrecht-
serhebung, die ganze Angelegenheit ist deshalb Reichsfrage.
(Abgeordneter v. Pappenheim: Auch Reichsfrage!)

— Politisch nicht, aber gesetzlich, soweit es sich um
Bestrafung wegen Kontraktbruchs handelt, die in dem
zweiten Teil der Interpellation v. Pappenheim angedeutet
ist, ist es Reichsfrage. Ich beschränke mich deshalb auf
die landwirtschaftlichen Arbeiter und komme
zunächst zur Frage der Bestrafung des Kon-
traktbruchs. Sie wissen, daß in den alten Provinzen
das Gesetz von 1854 gilt, welches den Kontraktbruch der
landwirtschaftlichen Arbeiter unter Strafe stellt. Ich glaube,
es herrscht wohl Einigkeit darüber, daß dies Gesetz
nicht vermocht hat, gegen den Kontrakt-
bruch irgendwelche Erfolge zu erringen.
(Sehr richtig! links)

In den alten Provinzen sind die Verhältnisse in dieser
Beziehung nicht um ein Haar breit besser als
in den neuen Provinzen, wo das Gesetz nicht gilt, und ich
glaube deshalb, daß eine Ausdehnung des Gesetzes von
1854 auf die neuen Provinzen wohl kaum zu irgend einem
Erfolg führen wird. Auch die Verschärfung der
Strafbestimmungen des Gesetzes von 1854 —
wenigstens innerhalb der doch recht engen Grenzen, in
denen die für unsere Gesetzgebung maßgebenden allgemeine
Grundsätze sich bewegen — würde einen wesent-
lichen Erfolg wohl nicht haben, aber sicher-
lich dahin führen, daß sie als eine erheb-
liche Verschärfung der Rechtslage der
Arbeiter angesehen und agitatorisch aus-
genutzt würde.
(Widerpruch bei den Konservativen. Sehr richtig! links)

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Gefin-
stimmung, die härtere Strafen zuzieht, auf dieser Richtung
auch nicht allzuviel genützt hat.
(Sehr richtig! bei den Freimütigen).

Als daher im Jahre 1904 die königliche Staats-
regierung das schon angeführte Gesetz erbrachte, nahm sie
Abstand von einer Verschärfung der Strafbestimmungen für
die Arbeiter und beschränkte sich auf die Bestrafung der
Vertretung zum Kontraktbruch und auf die Bestrafung der
Arbeitgeber, welche kontraktbrüchige Arbeiter annehmen.
Sie folgte dabei den Wünschen, die in den verschiednen
Interpellationen hier im hohen Maße zum Ausdruck ge-
bracht waren, und die auch — darauf machte ich besonders
Herrn Abgeordneten v. Pappenheim aufmerksam — von

Nr. 10 des „Gewerkeverein“, Jahrgang 1907.

den konservativen Rechten während der Verhandlung über den Beschlus nicht ausgesprochen wurden. Der Entwurf wurde selber nicht verabschiedet, weil auch die Rücksicht eiligten sich nicht darüber einig konnten, ob eine Befreiung der Arbeitgeber zulässig sei ohne eine weitere Verschärfung der Strafbestimmungen für die Arbeiter.

Nach diesen Erfahrungen können Sie es der Regierung nicht verdenken, daß sie diesen Weg nicht wieder beschritten hat, und davon Abstand genommen hat, ein Gesetz wieder einzubringen, dessen Zweck nach dem Vorangehenden doch recht zweifelhaft ist.

(Abgeordneter v. Voppeheim: **Hört, hört! Sehr richtig!** links.)

Der Minister teilte dann mit, daß die aus dem Auslande kommenden Arbeiter an der östlichen und südlichen Grenze mit Legitimationskarten versehen werden sollen, die den Namen, den Geburtsort, das Nationale des fremden Arbeiters und die Arbeitsstelle, für welche der Arbeiter verpflichtet wurde oder sich verpflichten will, enthalten solle. Diese Karten sollen nur bei ordnungsmäßiger Übung des Arbeitsverhältnisses umgeschrieben werden dürfen für den Antritt einer anderen Stelle. Die Landwirte führen hauptsächlich darüber Klage, daß ihnen die fremden Arbeiter, für die sie die Reiseflohen aus dem Auslande und die Agentengebühren bezahlt haben, bei Beginn der kriegenden Arbeiten durch Agenten und Vorarbeiter wieder weggeholt werden, obgleich sie sich durch Vertrag für die Zeit vom Beginn der Feldbestellung bis zum Schluß der Ernte verpflichtet. Dem Vorteil von dem Vertragsbruch haben dann in der Hauptsache die Agenten und Vorarbeiter, die sich die Vermittlung der Arbeitskräfte für die nicht mehr die Reiseflohen bezahlt zu werden brauchen, gut honorieren lassen. Auch wird gesagt, daß die von den fremden Arbeitern verübten Verbrechen oft nicht geahndet werden könnten, weil man ihrer nicht habhaft werden könne, da die Polizei die fremdländischen Pässe nicht zu lesen vermöchte. Aus diesem Grunde sollen die Karten auch für die ausländischen in die deutschen Industriegebiete kommenden Arbeiter eingeführt werden.

Als aber der Herr Minister ansetzte, es würde auch diese Maßnahme vorerst sehr milde ausgeübt werden müssen, weil eine ganze Anzahl ausländischer Arbeiter die Grenzämter umgehen würden, da er sich große Unruhe auf der Rechten, wie es diesen Herren auch wenig gefiel, als der Minister anerkannte, daß als Korrelat für die Abhängigkeit, in die der Arbeiter durch eine solche Karte dem betreffenden Arbeitgeber gegenüber komme, auch Maßregeln zu seinem Schutze geschaffen werden müßten. Denn auch unter den Arbeitgebern gibt es rüddige Schafe, die ihren Verpflichtungen gegen die Arbeiter nicht nachkommen. Es soll daher den Arbeitern, die ihre Arbeitsstelle zwar im Streite mit den Arbeitgebern, aber unter triftigen Gründen, weil ihnen das ihrige nicht geworden ist, verlassen, die Möglichkeit gegeben werden, daß die Arbeitskarte auf einen anderen Arbeitgeber, bei dem sie in den Dienst treten wollen, umgeschrieben wird. Die Entscheidung darüber soll dem Landrat zustehen.

So lange die Agrarier im Abgeordnetenhaus noch neuen und verschärften Ausnahmegesetzen gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter rufen, ist ihnen noch ein Landwirtschaftsminister in so ruhiger und sachlich erster Form entgegengetreten. Wenn **H. D. Herr v. Voppeheim** über solche Sachen sprach, dann fand sich im Stenogramm fast nach jedem Satze ein „**Sehr richtig!**“ und am Schluß: „**Widerprücht anhaltender Beifall rechts!**“. In dem Stenogramm der Rede des neuen Ministers findet sich wohl: „**Widerprücht bei den Konservativen!**“, „**Unruhe rechts!**“, „**Hört, hört, rechts!**“, aber kein einziges „**Sehr richtig!** rechts!“ und am Schluß der Rede auch nicht das kleinste Beifallszeichen.

Unter diesen Umständen brauchte sich unser Verbandsvorsitzender **Herr Karl Goldschmidt** diesmal nicht gegen die Regierung zu wenden. Er konnte seine Rede, die wir in der nächsten Nummer folgen lassen, ausschließlich gegen die Konservativen richten.

Ein neuer Schwindel Bromberger Holzarbeiter-Verbändler.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Dresden rief ein „Genosse“ dem anderen zu: „**Sie leben allein von der Lüge!**“. Das Wort ist auch anzuwenden auf manchen „zielbewußten“ Gewerkschafter. Diese „wahrheitsliebenden“ Leute verbreiten über die Gewerkschaften solch denkwürdigen Unwahrheiten, wie sie aufzutreiben vermögen, ist es, daß sie sich die Dinge aus den Fingern lassen, aus der Luft greifen oder durch Entstellung der Tatsachen ihre Angriffe konfirmieren. Mit solchen Mitteln kann man die Gewerkschaften nicht oft kriegen, da weiß man sich denn keinen anderen Rat, als zur Lüge und Verleumdung zu greifen. Wir können heute wieder einen solchen Fall feststellen.

In der „zielbewußten“ „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 48) erschien ein Artikel, wonach „die Fische bei

der Lohnbewegung in Bromberg-Hohenholm einen Akt niedriger Gesinnung“ begangen haben sollen. Der eine Satz zeigt schon, daß es den Herren nicht an Superlativen fehlt, wenn sie auf die Gewerkschaften losgehen wollen. In dem betreffenden Hohenholmer Betriebe sind die Gewerkschafter (Fische) in der Mehrzahl, weil zahlreiche Verbändler noch vor Eintritt in die Lohnbewegung in den Gewerkschaften übergetreten waren. Darüber sind die „zielbewußten“ ärgerlich, und darum beschloffen sie, je drei Verbändler hätten es zu übernehmen, einen „Fisch“ zu erlegen. Bei einigen Schwachköpfen hatten sie damit auch Glück. Aus so einem „erlegten Fisch“ wird dann über Nacht ein „zielbewußter Moderner“. Das geht wie beim Automaten. Oben wird ein Fischgroßkopf eingesteckt, ein Zug am Griff und heraus kommt ein „Modernere“. Freilich, wenn ein „Modernere“ den Schwindel satt hat und gang von selbst, ohne Presse“ und ohne Automat, zum Gewerkschaften kommt, dann ist der „zielbewußte“ auf einmal ein „Arbeitervertreter“ geworden, der einen Akt „niedriger Gesinnung“ begeht.

In der „Zeitung“ (Nr. 50) stellt der angegriffene Agitationsleiter der Fische, **H. Procykowski-Bromberg**, den Schwandel bloß, den „Holzarbeiter-Ztg.“ und mit ihr einige sozialdemokratische Blätter losgelassen haben.

Gewerkschafter-Verbändler, polnisch Organisierte usw. traten gemeinsam in die Lohnbewegung ein. Um die Betriebsleitung gegen die Gewerkschafter einzunehmen, ging der Vertrauensmann der Verbändler mit Namen **Turichinski** zum Werkmeister und erklärte: „Der Gewerkschaften hätte eine weit höhere Forderung gestellt als der Verband; ob die Firma da nicht lieber mit dem Holzarbeiterverband allein den Vertrag abschließen möchte?“ Die Firma lehnte dies unaufrichtig ab. Die Forderungen wurden dann gemeinsam eingereicht. Infolge einer Reihe des Betriebsleiters verzögerte sich die Antwort, die Arbeiter wollten schließlich nicht länger mehr warten, und so kam es zum Ausstand. Die Firma aber ließ abends die telephonische Mitteilung ins Gewerkschaftslokal gelangen, daß am anderen Tage (Sonntag, 20. Oktober) verhandelt werden solle. Turichinski wollte diese Mitteilung nicht gelten lassen, da sie nicht an ihn gekommen sei. Die Verhandlungen fanden trotzdem statt. Da sie aber kein befriedigendes Ergebnis hatten, wurde der Kampf gemeinsam fortgesetzt. Nach einigen Tagen kam es zu neuen Verhandlungen, die befriedigend verliefen. Bevor sie aber zum vollen Abschluß gelangten, wurden die Verbändler nervös und forderten ihre Papiere. Davon war auch ihr Gauleiter Wüh unangenehm überrascht. Da es aber bekanntlich „als eine Schande gilt, nicht radikal zu sein“, ließ er es geschehen, damit gleichzeitig auch seine Unfähigkeit als Arbeiterführer bemerkt. Die Firma ließ durch die Zeitungen Arbeitswillinge suchen, und es fanden sich solche in großer Zahl. Da wurde den Verbändlern ängstlich zumute und sie riefen nach ihrem Gauleiter, der sich aber drückte. Will den Juden — die Firmeneinhaber sind Juden — nicht mehr zu tun haben. Da Wüh es also ablehnte, in neue Verhandlungen einzutreten, war Procykowski gezwungen, diese allein aufzunehmen, um die Wünsche der Arbeiter geltend zu machen. Es ist der pure Schwindel, daß Verbändler nicht mehr beschäftigt werden sollten. Wenn die leitenden Personen des Holzarbeiterverbandes aus dem Betriebe nicht Alkoholiker wären, wären sie auch zu den Verhandlungen mit herangezogen worden. Es steht nichts im Wege, daß die Verbändler unseren Vertrag unterschreiben oder einen neuen abschließen.

Was sonst noch in dem Artikel behauptet wird, ist dreist erfunden. In der Tat ist bei den letzten Wahlen zum Reichstag unserem Kollegen **R.** angeboten worden, sein Besuch auf dem Gewerkschaftsbureau sei den Zielbewußten unangenehm. Das war natürlich, denn das gewerkschaftliche Bureau hatte sich zum sozialdemokratischen Wahlbureau umgewandelt, und das sollte nicht jedermann erfahren.

Großbritannische Bergwerke und Steinbrüche im Jahre 1906.

Mit gewohnter Schnelligkeit und Präzision, welche die deutsche wie überhaupt die kontinentale Arbeitsstatistik bezeichnend hat, das großbritannische Amt des Inneren schon vor einiger Zeit eine sehr interessante Zusammenstellung über die Hauptergebnisse der dortigen Bergwerke und Steinbrüche während des abgelaufenen Jahres veröffentlicht, der wir einige besonders wichtige Angaben entnehmen:

Zum ersten Male überschritt die Arbeiterzahl in den großbritannischen Bergwerken und Steinbrüchen, insofern diese der bräunlichen Gesteinsetzung unterstellt sind, dieiffer von einer Million. Im Vergleich mit dem Vorjahre ergab sich eine Zunahme von über 25 000 Arbeitern, die so gut wie ausschließlich auf die Kohlengruben entfiel, während die Steinbrüche eine Abnahme von Arbeitern um 2903 aufwiesen. Von der Gesamtzahl entfielen 867 152 auf

die Kohlengruben. Diese hatten in allen Kohlenbezirken mit der einzigen Ausnahme von Lancashire sich stark vermehrt. Vergleichlich man damit das Jahr 1900, so ergibt sich eine Zunahme der Arbeiterzahl um rund 100 000 Köpfe, zugleich eine Steigerung der Kohlenförderung von 225,2 Millionen Tons auf 251 Millionen Tons. Wir erkennen daraus die wohlthätige Wirkung der in dieser Branche besonders starken Trade-Unions, welche nicht zuließen, daß die Förderung stärker zunahm als die Arbeiterzahl, was wohl in anderen Ländern erfolgte. Fast vier Fünftel der Kohlengräber bestanden aus unterirdisch Beschäftigten. Ueber der Erde waren 5417 Arbeiterinnen beschäftigt, darunter 721, die unter 16 Jahre zählten, weiter männliche jugendliche Arbeiter im ganzen 60 458 oder 7 pSt. der Gesamtzahl. Die 3 fter derselben hat seit dem Jahre 1900 trotz der enormen Gesamtzunahme der Arbeiter abgenommen, besonders bei den Unterbergwerkstätigkeiten. Auch hieraus ist der Einfluß der Gesetzgebung und der Gewerkschaften ersichtlich.

Beschäftigt waren außerdem im Berichtsjahre 16 840 Arbeiter in Eisengruben, 18 584 in anderen Bergwerken und 91 516 in Steinbrüchen. Kommen wir nun zu der Statistik dieses außerordentlich glücklichen Resultates, den tödlich verlaufenen Unfällen. Allen, so ist das Ergebnis gleichwohl trotz der Zunahme der Arbeiterzahl ein glückliches. Auf je 100 000 beschäftigte Arbeiter entfielen in den Jahren 1851—55 noch 430 Todesfälle, im Durchschnitt der Jahre 1881—85 nur noch 201 und im Verlaufe der Jahre 1900—05 wie im Jahre 1906 gar nur 129. Das steht im Gegenlage zu den Ergebnissen der Unfallstatistik anderer Länder, besonders auch Preußens, wo die Unfälle leider in stetiger Zunahme begriffen sind. Auch daraus ist das segnerische Wirken des Arbeiterbundes und der Britischen Gewerkschaften ersichtlich, die in dieser Beziehung gute Erfolge erzielt haben.

Von den tödlichen Unfällen, die so gut wie ausschließlich in den Bergwerken sich ereigneten, entfiel ein Prozent auf von 12,1 auf die Unfälle über der Erde. Unter den anderen Unfällen war wie gewöhnlich der Fall von Erde der wichtigste. Er belief sich im vergangenen Jahre auf 41,7 pSt. aller Unfälle oder auf 77 für je 100 000 beschäftigte Arbeiter. Immerhin zeigt sich auch hierbei ein erfreulicher Fortschritt. Der Bericht konstatiert, daß derartige Unfälle sich bei größerer Aufmerksamkeit in bezug auf die Zimmerung leichter vermeiden ließen und lenkt die Aufmerksamkeit der Beamten und Arbeiter auf diesen wichtigen Punkt.

Am meisten zeigt sich die Wichtigkeit einer guten Grubenaufsicht in der stetigen Abnahme der Unfälle durch Explosionen, die auf nur 4,1 pSt. aller Unfälle oder auf 7,1 pSt. die niedrige bisher beobachtete 3 fter zurückgingen, während sie in den Jahren 1851—55 nicht weniger als 128 betrug. Der Bericht will das Tragen der offenen Hüter dafür verantwortlich machen, daß noch immer so zahlreiche, nicht tödliche Unfälle vorkommen.

Schließlich sei angeführt, daß der Wert der geförderten Metalle im Jahre 1906 auf nicht weniger als 2169 Millionen Mark geschätzt wurde. Das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre um 200 Millionen Mark oder 10 pSt.

Jedenfalls aber muß das Gesamtresultat eine freudige Genugung für die Britischen Gewerkschaften bilden und eine Anerkennung für ihre deutschen Arbeitskollegen und deren Organisationen, ihnen nachzusehen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 17. Dezember 1907.

Weltausstellung und Arbeiterbewegung. Die unter diesem Titel angelegte Broschüre, enthaltend die vom Verbandsvorsitzenden **Karl Goldschmidt** verfaßte Artikelserie über die Weltausstellung, ist so weit fertiggestellt, daß ihr Versand noch in dieser Woche erfolgt. Die bisher erscheinungsweise recht zahlreich eingegangenen Bestellungen werden also in diesen Tagen erledigt werden. In diejenigen Ortsverbände und Ortsvereine, die auf die Schrift reaktivieren, sie aber noch nicht beim Verbandsbureau bestellt haben, richten wir in ihrem eigenen Interesse das Ersuchen, noch schnell das Verlangen nachzulassen, ehe die Auflage vergriffen ist. Das Wichtigste ist eine überaus wirksame Waffe im Kampfe für unsere Bestrebungen und kann daher nur jedem Verbandsmitglied zur Anschaffung dringend empfohlen werden. Das einzelne Exemplar kostet 10 Pf. Bei größeren Posten tritt eine Preisermäßigung ein. Wir verweisen dazu auf das in dieser Nummer enthaltene Inserat. Bestellungen unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages sind zu richten an den Verbandskassier **Rudolf Klein**, Berlin N.O. 55, Gertrudenstraße 221/22.

Wahlen. In Elbing ist es gelungen, unseren Kollegen **E. Borat**, Bezirksbeamten des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer, in die Stadtverordneten-

versammlung zu entsenden. Er wurde mit noch 5 anderen bürgerlichen Kandidaten in der Stichwahl gegen die Sozialdemokraten mit einer Majorität von 400 Stimmen gewählt. Der Kampf war ein überaus heisser. Selbst die sozialdemokratische „Kölner Volks-Zeitung“ hatte sich eifrig ins Zeug gelegt. „Damit der Arbeiterschaft Elbings nicht das Ungemach zuteil wird, durch einen Vorrath im Rathaus vertreten zu sein.“ Wie wenig das genügt hat, zeigt der Ausfall der Wahl.

Eine durchaus berechtigte Beschwerde geht aus aus Sachsen zu. Ein Kollege aus Dauen teilt uns nämlich mit, daß ihm und vielen anderen Gewerkschaftsmitgliedern aus Penig eine 70 Seiten starke Broschüre zugefandt worden ist, die den Titel führt: „Soziale Bewegungen von der Urzeit bis zur Gegenwart“ und einen Verbandsgegner Fritz Junghans zum Verfasser hat. Der Broschüre ist eine Postanweisung beigelegt und ein Anschreiben, wonach bei Rückzahlung der Postanweisung der Betrag von 1,50 M. für die Schrift per Nachnahmekarte erhoben werden soll. Uns ist die Schrift nicht zugegangen, wir können daher auch nicht beurteilen, ob sie lesenswert ist; es wird uns aber in der Beschwerde versichert, daß ihr Inhalt recht geringwertig ist, keinesfalls aber in einem Verhältnis zu dem hohen Preise steht.

Der betreffende Verfasser sah vorher mit seinem Hauptvorbild in Verbindung gesetzt? Wenn ja, dann mag es ihm erlaubt sein, sich an die Ortsvereine seines Gewerkschafts zu wenden. Will er aber auch an die Ortsvereine der anderen Gewerkschaften des Verbandes herantreten, dann ist es seine Pflicht, sich darüber vorher mit der Verbandsleitung in Verbindung zu setzen. Der Broschüren schreiben kann, mag es tun, das soll niemand geahndet werden. Es kann aber nicht gestattet sein, für Privatgeschäfte den amtlichen Vereinsstempel zu benutzen, auch dann nicht, wenn in Aussicht gestellt wird, daß ein etwaiger Uberschuß für die Agitation verwendet werden soll. In solchen Fällen müßte uns aber unter allen Umständen vorher eine Mitteilung gemacht werden. Genauso wenig können wir es billigen, daß unseren Ortsvereinen und Vereinen unbestellt Drucksachen auf den Hals geschickt werden mit dem moralischen Zwang, sie zu bezahlen und zu bezahlen. Eine Zahlungspflicht besteht in solchen Fällen nicht; es genügt die Mitteilung an den Absender, daß die Sendung zu seiner Verfügung steht.

Der Beitrag für Arbeiterschaft hat in der vergangenen Woche eine Sitzung abgehalten, zu welcher neben dem Reichsamt des Innern und dem preussischen Handelsministerium der Senat von Hamburg besondere Kommissare entsandt hatte. Verhandlungsgegenstand war die Regelung der Arbeitszeit in Bläut- und Wäschfabriken. Im Laufe der Diskussion ergaben sich gewisse Gesichtspunkte, die bei den bisherigen Verhandlungen noch nicht hatten berücksichtigt werden können und eine Umarbeitung der vorgelegten Vor schläge wünschenswert erscheinen ließen. Daher wurde dann die Angelegenheit an den für die Vorbereitung eingesetzten Ausschuss nochmals zurückverwiesen. Weiter beschäftigte sich der Beirat mit der Erhebung über die Arbeitszeit im Binnen-schiffahrtsgewerbe, woran sich die mündliche Berechnung von Ausnahmestunden schloß. In diesem Berechnungen waren aus den Gebieten des Rheins, der Elbe und der nördlichen Wasserstraßen 72 Personen, zum gleichen Teile Arbeitgeber und Arbeitnehmer, geladen worden.

Arbeiterbewegung. Die Lohnbewegung der Metallarbeiter in Oberhein a. d. R. ist beendet, ohne daß es den Arbeitern gelungen wäre, irgend welche Vorteile zu erringen. — Der Streik der Dreher in der Automobilfabrikation der A. G. W. in Oberhörsingweide dauert ununterbrochen fort. — Auch auf dem Automobilfeld von Hering & Richard in Ronneberg S.-A. sind Lohnforderungen angebrochen, an welchen Metallarbeiter, Holzarbeiter und Lackierer beteiligt sind. — Auf die Forderungen der Weber im sächsisch-thüringischen Industriegebiet haben die Unternehmer eine kurz absehende Antwort erteilt. Die Arbeiter sind eingeschlossen, am 1. Januar entkündigen Stellung zu nehmen. Welchen Verlauf die Lohnbewegung nehmen wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. — Die Buchhandlungs-gesellen in Leipzig scheinen ernstlich gewillt zu sein, in die passive Resistenz einzutreten. Die Gehilfen verlangen ein Mindestmonatsgehalt von 110 M. und eine Lernerzulage von 10 pKt., während die Prinzipale letztere ablehnen und nur 100 M. Mindestgehalt bewilligen wollen. Seitens der Angestellten ist das Gewerkegericht als Einigungsamt vorher noch angerufen worden. Sollte keine Einigung erzielt werden, wollen mehrere Firmen ihren Betrieb für die Dauer des Kampfes gänzlich einstellen. — Die Einigungsverhandlungen, die in der Lohnbewegung

der Stoffweber von Krefeld durch den Gewerke-rat Dresden eingeleitet worden sind, sind erfolglos verlaufen. Die Fabrikanten beabsichtigen, wenn es zu keiner Einigung kommt, 2 Tage vor Weihnachten sämtliche Arbeiter auszusperren. — Bei der Firma Rolze in Wilmersdorf haben die Rohrleger und Helfer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. — In Budapest sind die Fleischergehilfen in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie drohen mit der Arbeitseinstellung, wenn bis zum 16. d. Mts. die Forderungen nicht erfüllt sind. — Die Buchdrucker in New York haben in ihrem Kampfe um den Achtstundentag insofern einen weiteren Erfolg erzielt, als mehrere Firmen ihre Forderung anerkannt haben.

Einem großen Erfolg sollte der christlich-soziale Reichstagsabg. Behrens kürzlich in Schweidnitz erzielt haben. Nach einem Vortrag über „die Kongresse in Frankfurt und Berlin“ soll in der Diskussion ein Vertreter des evangelischen Arbeitervereins und Mitglied des Christl.-Dankenschen Gewerkschafts erklärt haben, „er und verschiedene andere sehen sich auf Grund des gebildeten Vortrages veranlaßt, zu den christlichen Gewerkschaften überzutreten, und er be-dauere lebhaft, daß es die Christl.-Dankenschen Gewerkschaften abgesehen hätten, sich an den Arbeiterkongressen zu beteiligen.“ Uns wollte die Sache nicht recht wahrheitsgemäß klingen, weshalb wir nähere Erhebungen einzogen und nun folgendes erfuhr: In der betreffenden Versammlung hat in der Tat ein Gewerkschaftler eine ähnliche Erklärung abgegeben, aber unter etwas eigenartigen Umständen. Den betreffenden hatte die Freude, daß er zum Ortsverbandsvertreter gewählt worden war, herzlich mitgenommen, daß er bis zum nächsten Abend „unterwegs“ blieb, dann die betreffende Versammlung besuchte und jene Erklärung abgab. Man kann danach beurteilen, welchen Wert man derselben beizulegen kann und wie groß der Erfolg des Herrn Behrens gewesen ist. Das Drülligste an der ganzen Geschichte ist aber, daß die Behrensung durch Herrn Behrens nicht sehr nachhaltig gewesen ist. Denn als am anderen Tage dem neuen Christlichen ein Statuten- und Quittungsbuch mit 4 Beitragsmarken zugestellt und das Eintrittsgeld verlangt wurde, da lehnte er es dankend ab und erklärte, im Gewerkschaft bleiben zu wollen.

Wir gehen ohne weiteres zu, daß die Handlungsweise des betreffenden scharfsinnigen Verurteilung verdient hätten ihn ohne weiteres Herrn Behrens gegnend. Wir berichten auch über den Vorfall nur deswegen, um zu zeigen, was man davon zu halten hat, wenn die Christlichen über alle möglichen Erfolge ihrer Organisation gegenüber berichten.

Der deniale Fall von Forerismus aus Spandau, über den wir in unserer letzten Nummer berichteten, wird jetzt auch vom „Vorwärts“ beprochen. Daß dieses Blatt den Sachverhalt anders darstellen würde, das war vorauszusetzen. Es klammert sich an alle möglichen Kleinigkeiten, ohne daß der Kern der Sache dadurch geändert wird. Nach dem „Vorwärts“ hat die Vertrauensperson der weissen Arbeiter, der Witwe, in ruhiger Weise die Zwecke und Ziele der Organisation klargestellt. Das diese „ruhige Weise“ zu bedeuten hat, das können unsere im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen am besten selbst beurteilen. Nun kommt aber die Hauptfrage! Der „Vorwärts“ entwirft sich darüber, daß die „Vollzeigung“, durch die wir jenen Fall erfahren haben, kein Wort der Verurteilung findet, daß der Witwe wegen ein paar Mark Witwenunterstützung verboten ist, einer Bereinigung zur Verbesserung ihrer Lebenslage beizutreten. Schön! Das ist zweifellos zu verurteilen und bedeutet eine Beinträchtigung des Koalitions-rechtes. Indessen der „Vorwärts“ mag sich drehen und wenden wie er will, viel verurteilenswürdiger ist es, wenn Arbeiter Standesgenossen nur wegen ihrer anderen Gesinnung aus der Arbeit drängen und ihnen das Brot nehmen. Das ist viel brutaler und niederträchtiger, als wenn ein Unterneher jemand wegen seiner Ueberzeugung aus Pfaster wirft.

Spotten ihrer selbst und merken es nicht. In seiner Nummer vom 14. Dezember beschäftigte sich das christlich-soziale „Reich“ mit der „Neutralität“ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, dessen Zweigverein Bochum an die Arbeiter Drucksachen folgenden Inhalts versendet:

Sieh Du Sozialdemokrat! Ein großer Teil von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die nicht zugleich auch Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes sind, werden es als eine Genugtuung empfinden, wenn von ihnen behauptet wird, daß sie keine Sozialdemokraten sind, und doch ist dem in. Das sozialdemokratische Organisationsamt bestimmt, daß nur diejenige Person ein Sozialdemokrat heißt, die nicht nur Mitglied eines sozialdemokratischen Verbandes ist, sondern auch ein sozialdemokratisch organisiertes Organisationsamt.

sterte Arbeiter oder dessen Frau und jede Arbeiterin hat aber auch die Pflicht, die sozialdemokratische Presse zu unterstützen. Besser an seinen eigenen Klasseninteressen geht, wer noch die bürgerlichen Zeitungen unterstützt. Nur durch die sozialdemokratischen Zeitungen werden die Interessen der Arbeiterschaft wirksam verteidigt.

Sieh Du also das Volkstblatt! Wenn nicht, dann fülle die angefügten Schirme aus.

Diesem Anschreiben sind ein Bestellzettel und zwei Nummern der sozialdemokratischen Zeitung beigelegt. Dazu bemerkt das „Reich“: „Ob das den besonders im Ruhrgebiet der Neutralität“ der freien Gewerkschaften beizutreten christlichen Arbeitern die Augen öffnet?“

Wir müssen dem „Reich“ recht geben. Von einer Neutralität des Zentralverbandes der Maurer kann da nicht mehr die Rede sein. Er ist eine sozialdemokratische Organisation. Das hat ja auch sein Vorsitzender Obmänner auf dem Gewerkschaftskongress in Köln durch die Bemerkung: „Partei und Gewerkschaften sind eins“, deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir sind aber der Meinung, daß am allerwenigsten das „Reich“ berechtigt wäre, sich über diese Art der „Neutralität“ lustig zu machen. Denn in derselben Spalte berichtet das Blatt von einer durch den Berliner Ortsrat der christlichen Gewerkschaften vorgenommenen Umfrage über die Zugehörigkeit zu den konfessionellen Arbeitervereinen und die von den Mitgliedern gelesenen Zeitungen. Da heißt es u. a.:

„Aus von der Gruppe der christlichen Metallarbeiterverbandes liegen uns die Zahlen vor. Die Ortsgruppe genannten Verbandes zählt in Berlin außer den Vororten 352 Mitglieder. Von diesen haben 159 den Fragebogen beantwortet und eingeschickt. Nach diesem gehören 90 Mitglieder einem katholisch-konfessionellen und 22 einem evangelisch-konfessionellen Verein an. 47 waren Nichtmitglieder konfessioneller Vereine. Als Tageszeitung lesen 89 die Märkische Volkszeitung, 25 das Reich, 5 das Deutsche Blatt, 5 die Morgenpost, 1 den Sozialisten, 2 die Berliner Volkszeitung, 1 den Vorwärts, 1 die Deutsche Warte und 30 lesen überhaupt keine Tageszeitung. Endlich muß es als ein Zeichen bedauerlicher Beschränktheit von Seiten der christlichen Gewerkschaften bezeichnet werden, wenn christliche Gewerkschaften die Berliner Volkszeitung, die Morgenpost oder den Sozialisten lesen. Unverständlich ist auch, daß eine je große Zahl von organisierten Arbeitern überhaupt keine Zeitung lesen. Das Ergebnis der Statistik zeigt, daß noch viel Erziehungsarbeit ist.“

Da möchten wir doch fragen: Welches Recht hat das „Reich“, sich über den sozialdemokratischen Maurerverband zu entrüsten, während es gleichzeitig ein ähnliches Vorgehen bei den Christlichen gutheißt. Bestimmungsschnäffeln können wir drücken! Die Neutralität der „freien“ Gewerkschaften ist genau soviel wert wie die der christlichen. So etwas gibt es gar nicht! würde der Berliner sagen.

Die Einföhrung des Reichstagswahlrechts für den Landtag erstreben auch unsere Kollegen in Altenburg, die eine diesbezügliche Petition abge-sandt haben. Auch in dem Herzogtum Sachsen-Altenburg wird den wunderbemittelten Volkskassen die Gleichberechtigung durch ein „elendes“ Klassenwahl-system verweigert. Von den insgesamt 30 Abgeordneten des Landtages wählt die dritte Klasse, zu der alle Steuerzahler bis zum einem Jahresentkommen von 2700 M. gehören, im ganzen 5; die übrigen 25 „Wahlberechtigten“ wählen die Gläubigen, die ein höheres Einkommen haben. Gegen dieses System richtet sich die Eingabe unserer Kollegen.

Interessant ist nun die Haltung der Altenburger „Genossen“. Diese haben nämlich eine halbe Woche vorher ebenfalls eine solche Petition an den Landtag gerichtet. Sofort setzen sie sich auf das hohe Pferd und schreien in ihrem Organ die Mitteilung von unserer Eingabe mit dem Satz: „Unbillig kommen sie, aber sie kommen!“ Aber auch die diesbezügliche Petition des Zentralrates an den preussischen Landtag wird von den „Zielbewerbern“ in der ihnen eigentümlichen Art als „Arbeit für die Rüge“ bezeichnet, die man „höhnischelnd in den Papierkorb wandern“ lassen werde. Eine solche Bemerkung muß uns so komisch wirken, als bisher alle von sozialdemokratischer Seite an den altenburgischen Landtag gerichteten Petitionen einen rein negativen Erfolg gehabt haben. Man sieht, die Herren haben immer etwas zu nörgeln. Wir mögen es machen, wie wir wollen, ihnen machen wir es doch nicht recht. Das schadet auch nichts. Denn glücklicherweise haben wir noch dem Beifall der „Genossen“ nichts zu fragen.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, C. Coppiensstr. 18, die mit ihren gemeinnützigen Bestrebungen nicht nur dem Handwerker und Gewerbetreibenden dienen, sondern auch dem Handlungslehrling praktische Kenntnisse vermitteln will, eröffnet am 2. Januar l. J. neue Kurse in elementaren, kaufmännisch-gewerblichen und technischen Unterrichtsggegenständen. Jedem freistehenden jungen Manne und jungen Mädchen wird hier Ge-

egenheit geboten, sich aus- und fortzubilden. Besonders sei die Schule solcher Personen empfohlen, welche in vorgerücktem Alter veranlaßt sind, ihre Schulkenntnisse aufzufrischen oder zur Erreichung einer besseren Lebensstellung an die Ausbildung und vervollständigung ihrer Fertigkeiten denken müssen.

Gewervereins-Teil

Brandenburg. Am 10. Dezember veranstaltete unser Ortsverband eine öffentliche Gewerbetreibenderversammlung, in der Kollege Grefenz-Berlin über Gewerbetreibendengerichte wählend referierte.

werbergerichte in Deutschland. Redner ging dann auf die Aufgaben der Gewerbetreibendengerichte ein, die in Rechtsprechung, einigungsamtlicher Tätigkeit und Abgabe von Gutachten bestehen, und forderte zum Schluß auf, Protest einzulegen gegen die Nichtbestimmung der Eingabe seitens des Magistrats.

Verbands-Teil

Berlin. Vorkonferenz der Deutschen Gewerbetreibendengerichte (G.D.). Die nächste Sitzung findet erst am Mittwoch, den 8. Januar 1908, statt.

Orts- und Bezirksverbände

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hill.

Schulte-Pattler, Diätarierkunde. - Wachen (Diätarierklub). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Ballert, 'Jägerhof'.

Literatur

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Beschreibung eingetragener Werke bleibt vorbehalten. Arbeiterbewegung, Einigungsamt und Tarifgemeinschaft im Berliner Kravengerwerb.

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetreibendengerichte. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Heftchrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Fabn und Karl Goldschmidt.

Verband der Deutschen Gewerbetreibendengerichte (Hirsch-Dunder). In unserem Verlage ist erschienen: Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Ein Wort der Auffklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen.

ARBEITER-JAHRBUCH 1908. enthält sich jeder übertragene Gewerbetreibender beim Kaufverbot andere Ortsvereine beziehen. Preis 50 Pfennig.

Vom Verbandsbureau zu beziehen: Sozialdemokratie und Arbeiterschaft von Dr. jur. Richard Freund. Preis 30 Pf.

Fahnen, Vereinsabzeichen. Schärpen u. a. s. d. m. und billigen bei Th. Berke, Oppeln.

Hohen Nebenvorant kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte auf vornehm. durchaus nicht anstößige Weise erwerben.

Fahnen, Vereinsabzeichen. Schärpen u. a. s. d. m. und billigen bei Th. Berke, Oppeln.

Hohen Nebenvorant kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte auf vornehm. durchaus nicht anstößige Weise erwerben.